



Geschäftsführung Finanzausschuss

Herr Müller

Telefon: (0221) 24649

Fax: (0221)

E-Mail: Michael.Mueller6@stadt-koeln.de

Datum: 06.10.2021

Niederschrift

über die **Sitzung des Finanzausschusses (Haushalt)** in der Wahlperiode 2020/2025 am Montag, dem 04.10.2021, 10:05 Uhr bis 11:35 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Ratssaal

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Dr. Gerrit Krupp	SPD
Herr Manfred Richter	GRÜNE
Herr Bernd Petelkau	CDU
Frau Ulrike Kessing	GRÜNE
Herr Ralf Klemm	GRÜNE
Frau Sandra Schneeloch	GRÜNE
Herr Mike Homann	SPD
Herr Christian Joisten	SPD
Herr Niklas Kienitz	CDU
Herr Florian Weber	CDU
Frau Güldane Tokyürek	DIE LINKE
Herr Ulrich Breite	FDP
Herr Christian Achtelik	Volt
	in Vertretung für Frau Henk-Hollstein

Beratende Mitglieder

Herr Stephan Boyens	AfD
Herr Walter Wortmann	Die FRAKTION
Herr Lino Hammer	GRÜNE
Herr Michael Hoffmann	Auf Vorschlag der CDU
Herr Henning Lenz	Auf Vorschlag der Linken
Herr Olivier Fuchs	Auf Vorschlag von Volt

Verwaltung

Frau Stadtkämmerin Prof. Dr. Dörte Diemert

Frau Stadtdirektorin Andrea Blome

Herr Beigeordneter Robert Voigtsberger

Herr Beigeordneter Dr. Harald Rau

Herr Beigeordneter Stefan Charles

Schriftführer

Herr Michael Müller (20)

Presse

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Anna-Maria Henk-Hollstein CDU

Beratende Mitglieder

Frau Nicolin Gabrysch KLIMA FREUNDE

Herr Julian Kampa Auf Vorschlag der SPD

Herr Niklas Schmickler Auf Vorschlag der FDP

Der Ausschussvorsitzende begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung. Er begrüßt den neuen Beigeordneten für Kunst und Kultur Herrn Charles. Er verweist auf die vorliegende aktualisierte Tagesordnung und die drei von der SPD-Fraktion vorgelegten Änderungsanträge: Tagesordnungspunkte 8.1.3.1 (Begleitbeschlüsse), 8.1.5 (Kulturförderabgabe) und 9.1.1 (Stellenplan).

Er schlägt vor, die Tagesordnungspunkte 8 (Haushaltssatzung) und 9 (Stellenplan) in Form einer Generaldebatte gemeinsam zu behandeln.

Der Ausschuss ist damit und mit folgender Tagesordnung einverstanden:

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

- 1 Einwendungen gegen den Entwurf der Haushaltssatzung der Stadt Köln für das Haushaltsjahr 2022**
- 2 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**
- 3 Neue Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**
- 4 In die HPL-Beratung verwiesene Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**
 - 4.1 Ausreichende Förderung von unabhängigen Erwerbslosenberatungsstellen und Arbeitslosenzentren
gemeinsamer Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Die Linke.
AN/1882/2021
- 5 In die HPL-Beratung verwiesene Mitteilungen**
- 6 In die HPL-Beratung verwiesene Beschlussvorlagen**
 - 6.1 Förderprogramm "ArBOr - Arbeitsbezogene Beratung und Orientierung"
2876/2021
- 7 weitere Beschlussvorlagen der Verwaltung**
- 8 Haushaltssatzung der Stadt Köln für das Haushaltsjahr 2022**
 - 8.1 Haushaltssatzung der Stadt Köln für das Haushaltsjahr 2022 einschl. mittelfristiger Finanzplanung bis 2025
3191/2021
 - 8.1.1 Investitionen und Fachpersonal - Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.
vom 30.09.2021
AN/2082/2021
 - 8.1.2 Gemeinsamer Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen, der CDU-Fraktion und der Volt-Fraktion - Haushaltssatzung der Stadt Köln für das Haushaltsjahr 2022
AN/2094/2021

- 8.1.3 Gemeinsamer Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen, der CDU-Fraktion und der Volt-Fraktion - Haushaltssatzung der Stadt Köln für das Haushaltsjahr 2022 - hier: Begleitbeschlüsse
AN/2091/2021
- 8.1.3.1 Änderungsantrag der SPD-Fraktion zum „Änderungsantrag zu TOP 8.1 - Haushaltssatzung der Stadt Köln für das Haushaltsjahr 2022 Begleitbeschlüsse (AN/2091/2021H)“
AN/2102/2021
- 8.1.4 Gemeinsamer Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen, der CDU-Fraktion und der Volt-Fraktion - Haushaltssatzung der Stadt Köln für das Haushaltsjahr 2022 einschl. mittel-fristiger Finanzplanung bis 2025 – hier: Kulturförderabgabe
AN/2093/2021
- 8.1.5 Änderungsantrag der SPD-Fraktion - hier: Kulturförderabgabe
AN/2101/2021

9 Stellenpläne

- 9.1 Stellenplan für das Jahr 2022
2862/2021
- 9.1.1 Änderungsantrag der SPD-Fraktion
AN/2100/2021
- 9.2 Stellenplan 2022 der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln
2578/2021
- 9.3 Stellenplan der Bühnen der Stadt Köln für das Kalenderjahr 2022
2974/2021
- 9.4 Stellenplan des Wallraf-Richartz-Museums & Fondation Corboud der Stadt Köln für das Jahr 2022
2976/2021
- 9.5 Stellenplan des Gürzenich-Orchesters der Stadt Köln für das Kalenderjahr 2022
2964/2021

10 mündliche Anfragen

I. Öffentlicher Teil

- 1 Einwendungen gegen den Entwurf der Haushaltssatzung der Stadt Köln für das Haushaltsjahr 2022**
- 2 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**
- 3 Neue Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**
- 4 In die HPL-Beratung verwiesene Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**
 - 4.1 Ausreichende Förderung von unabhängigen Erwerbslosenberatungsstellen und Arbeitslosenzentren
gemeinsamer Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Die Linke.
AN/1882/2021**

Beschluss:

Der Finanzausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Der Rat der Stadt Köln tritt weiterhin dafür ein, unabhängige Erwerbslosenberatungsstellen und Arbeitslosenzentren ausreichend zu fördern und zu finanzieren. Deshalb fordert der Rat die demokratischen Fraktionen auf, bei den jetzigen Haushaltsberatungen und Beschlussfassungen die jährlichen Haushaltsmittel zur Förderung von Erwerbslosenberatungsstellen und Arbeitslosenzentren zu erhöhen.

Neben der Bereitstellung des städtischen Anteils für die „Beratungsstelle Arbeit“ sollen Erwerbslosenberatungsstellen jährlich mit bis zu 75.000 Euro und Arbeitslosenzentren jährlich mit bis zu 25.000 Euro gefördert werden.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich - gegen die Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion Die Linke. - **abgelehnt**

- 5 In die HPL-Beratung verwiesene Mitteilungen**
- 6 In die HPL-Beratung verwiesene Beschlussvorlagen**
 - 6.1 Förderprogramm "ArBOr - Arbeitsbezogene Beratung und Orientierung" 2876/2021**

Beschluss:

Der Finanzausschuss beschließt das Förderprogramm „ArBOr – Arbeitsbezogene Beratung und Orientierung“ und beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung.

Aus dem Förderprogramm selbst ergibt sich kein Anspruch auf eine Förderung. Zur

Finanzierung der mit dem Förderprogramm verbundenen Maßnahmen stehen vorbehaltlich des Beschlusses der Haushaltssatzung 2022 Mittel in Höhe von insgesamt 126.000 Euro p.a. für die Haushaltsjahre 2022 ff im Teilergebnisplan 1501, Wirtschaft und Tourismus-, in der Teilplanzeile 15, Transferaufwendungen, zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich - gegen die Stimme der Fraktion Die Linke - zugestimmt

7 weitere Beschlussvorlagen der Verwaltung

8 Haushaltssatzung der Stadt Köln für das Haushaltsjahr 2022

8.1 Haushaltssatzung der Stadt Köln für das Haushaltsjahr 2022 einschl. mittelfristiger Finanzplanung bis 2025 3191/2021

Frau Stadtkämmerin Professor Dr. Diemert dankt der Verwaltung für die Erstellung des Haushaltentwurfs unter erschwerten Bedingungen. Es sei dennoch gelungen, einen ausgewogenen Haushalt aufzustellen, der insgesamt 130 Mio. € zusätzliche Mittel für Zukunftsthemen wie Klima, Digitalisierung oder Sicherheit bereitstelle.

Nach der Einbringung des Haushaltsentwurfs im Rat, werde nun der politische Veränderungsnachweis festgelegt. Danach werden weitere Veränderungsnachweise durch die Verwaltung folgen. Es seien sowohl investive als auch konsumtive Änderungen zu erwarten - zuvorderst zur Umsetzung des Programms zur Ausstattung der Schulen mit Luftfiltern. Zudem werde es einen Veränderungsnachweis zur NKF-Isolation geben, da der Gesetzgeber es für 2022 voraussichtlich ermöglichen wird, die finanziellen Folgen der Pandemie im Haushalt zu isolieren und damit zu neutralisieren. Im November erfolge dann die finale Beschlussfassung im Rat.

Sie berichtet, dass der Jugendhilfeausschuss ebenfalls heute über den Haushalt beraten habe. Es sei ein Änderungsantrag der Fraktionen von Bündnis 90/ Die Grünen, CDU und Volt beschlossen worden, dessen Inhalt auch in den hier vorliegenden politischen Veränderungsnachweis des Ratsbündnisses eingeflossen sei.

RM Schneeloch dankt der Verwaltung und der Kämmerin für den sehr guten Haushaltsplanentwurf, der tatsächlich bereits richtige Schwerpunkte – zum Beispiel Digitalisierung und Umweltschutz - setze und betont, dass der Veränderungsnachweis viele gute Initiativen beinhalte, die auch über das Ratsbündnis hinaus breite Zustimmung finden können.

Einige Schwerpunkte wolle sie herausstellen. Zusätzliche Mittel sollen für die Verbesserung der Radinfrastruktur bereitgestellt werden. Die Naturschutzgebiete sollen besser gepflegt und ein weiteres angelegt werden. Für Klimafolgenanpassung, Obdachlosenhilfe, Stadtteilmütter Mülheim, eine Schiffspatenschaft für die Alan Kurdi, Stipendien für politisch Verfolgte, die Ausweitung und Vertiefung der Städtepartnerschaften und zahlreiche weitere Projekte sollen die erforderlichen Mittel bereitgestellt werden.

RM Joisten dankt allen an der Erstellung des Haushaltentwurfs Beteiligten für die Verbesserung und Weiterentwicklung. Seine Fraktion habe den Entwurf und den Veränderungsnachweis des Ratsbündnisses intensiv beraten und bewertet. Seine Fraktion unterstütze Maßnahmen wie die Initiative Stadtteilmütter Mülheim oder die Rettung des Kölner AIDS-Hilfe e.V. Leider sei dieser Haushalt insgesamt trotz solch guter Ansätze nicht ambitioniert und zukunftsweisend genug. Es seien keine klaren Linien zu

erkennen, um gestärkt aus der Krise hervorzugehen. Köln brauche mehr Entschlossenheit bei den Themen Wohnen, Bildung und Personal.

Ein großes Problem sei die unzureichende personelle Ausstattung der Verwaltung, insbesondere in der Bauverwaltung aber auch bei der Gebäudewirtschaft, im Ordnungsdienst oder der Ausländerbehörde. Der neue Stellenpool sei nicht ausreichend. Um erfolgreich Personal anzuwerben, müsse sie wettbewerbsfähig sein und flexibler bei der Bezahlung. Die Stadtverwaltung könne ein attraktiver Arbeitgeber sein, müsse aber endlich fit gemacht werden für den Wettbewerb um die besten Bewerber. Nur so könne der Umsetzungsstau aufgelöst werden.

Der sich anbahnenden Wohnungskrise müsse die Stadtverwaltung zügig gegensteuern. Das selbst gesteckte Ziel von jährlich 6.000 neuen Wohnungen werde seit Jahren verfehlt. Die SPD fordere daher erneut einen 500 Mio. € kommunalen Wohnungsbaufonds und den Bau von mindestens 2.000 neuen öffentlich geförderten Wohnungen pro Jahr.

Der konsequente Einsatz für Chancengerechtigkeit in der Bildung sei erforderlich. Dazu gehöre die Gebührenfreiheit von Kindertagesstätten. Es müsse zudem mehr in die digitale Ausstattung der Schulen investiert werden.

Der notwendigen Verkehrswende werde der Entwurf nicht gerecht. Die Mittel für neue Radwege seien nicht ausreichend und auch der ÖPNV-Ausbau müsse ambitionierter angegangen werden. Seine Fraktion schlage hier ein Maßnahmenpaket im Volumen von 10 Mio. € vor.

Der sozialen Spaltung der Gesellschaft solle durch eine konsequente Weiterentwicklung des Programms „Starke Veedel, starkes Köln“ begegnet werden. Hier sollten 4,5 Mio. € aus der Kulturförderabgabe eingesetzt werden.

Den Haushaltsentwurf werde die SPD-Fraktion ablehnen. Gestaltungsanspruch und Veränderungswillen suche man vergeblich.

RM Petelkau kritisiert, dass die SPD keinen eigenen Veränderungsnachweis mit Gegenfinanzierung vorgelegt habe.

Der vorliegende Haushalt sei solide finanziert, federe die Pandemiefolgen ab und stelle viel Geld für Modernisierungs- und Wachstumsthemen – zum Beispiel 130 Mio. € für Digitalisierung - sowie für Sicherheit und Sauberkeit zur Verfügung. Stabile Steuersätze und die weiterhin hohen Investitionen im Volumen von 900 Mio. € stärken und stimulieren die Wirtschaft. Der eingeschlagene Kurs sei gut für Köln und angemessen für eine wachsende Stadt.

Er weist darauf hin, dass 2015 ein Sanierungsstau im Volumen von 3 Mrd. € im Schulwesen verzeichnet wurde. Inzwischen schaffe die Gebäudewirtschaft jährlich Schulsanierungen für 500 Mio. €. Dies sei ein Erfolg des Ratsbündnisses.

Im Bereich Bauen seien durch die Einführung der elektronischen Bauakte und die Ausweisung zusätzlicher Flächen als Bauland Fortschritte zu erwarten.

Die Forderung nach jeweils 100 zusätzlichen Stellen im Ordnungsdienst und für Schulsozialarbeit sei unrealistisch. Es sei vielmehr notwendig, die zurzeit freien Stellen zu besetzen. Um hier voranzukommen, sehe der Stellenplan zusätzliche Stellen im Personalamt vor.

Er sei schockiert, dass die Vorschläge der SPD-Fraktion zur Verwendung der Kulturförderabgabe zu einem Kahlschlag in der freien Kulturszene führen.

Mit dem Veränderungsnachweis des Ratsbündnisses werde zu verschiedenen Themen Impulse gesetzt und beispielsweise die Gaming-Branche gefördert, das Vereins-

schwimmen unterstützt und die Bauleitplanung optimiert. Sicherheit und Sauberkeit in Köln seien wichtige Themen, die durch die Erarbeitung von Masterplänen vorangebracht werden sollen.

Insgesamt sei dies ein solider Haushalt, der die Stadt attraktiver mache. Er bitte um Zustimmung zum politischen Veränderungsnachweis des Ratsbündnisses.

RM Tokyürek kritisiert den Veränderungsnachweis des Ratsbündnisses als mutlos und nicht zukunftsweisend. Es sei keine klare Strategie oder Vision erkennbar.

Ihre Fraktion habe einen eigenen Veränderungsnachweis mit klaren Schwerpunkten und Vorschlägen zur Gegenfinanzierung entwickelt. Ausgangspunkt sei dabei die durch die Pandemie ausgelöste Krisensituation. Ihre Fraktion sehe Handlungsbedarf in den Bereichen Soziales, Kinder, Jugendarbeit und Kultur. Dafür müssen insbesondere die Investitionen erhöht werden.

Dem Erhalt und Ausbau sozialer Strukturen komme ein hoher Stellenwert zu. Sie begrüße daher, dass mit dem Veränderungsnachweis des Ratsbündnisses die Erwerbslosenberatungsstellen, die Initiative Stadtteilmütter Mülheim, die Obdachlosenhilfe und mehrere antirassistische Projekte erhalten oder ausgebaut werden können.

Wohnungspolitik sei eine soziale Frage. Das Grundproblem werde nicht angegangen. Ihre Fraktion sehe hier großen Handlungsbedarf, weshalb 10 Stellen im Bereich Mili-euschutzsatzung und 5 Stellen im Bereich Wohnungsschutzsatzung zugesetzt werden sollten.

Der ÖPNV sei die Leerstelle der Verkehrswende. Für Schüler*innen solle er kostenlos sein. Um den Ausbau zu beschleunigen, sollten 20 Stellen zugesetzt werden.

Die Klimaprojekte sollen durch die Gründung einer Solargenossenschaft im Volumen von 10 Mio. € ergänzt werden, um Dächer und Fassaden städtischen Gebäude für die Nutzung der Solarenergie zu ertüchtigen.

Damit die Kliniken der Stadt Köln in städtischer Hand bleiben können, müsse ihnen ein Darlehen in Höhe von 50 Mio. € gewährt werden, um notwendige Investitionen zu finanzieren.

Die Bezirksvertretungen sollen gestärkt werden. Deshalb seien die Anregungen aller Bezirksvertretungen in den Veränderungsnachweis ungekürzt übernommen worden.

Die im Entwurf enthaltenen Kürzungen für die freie Szene sollen zurückgenommen werden.

Trotz guter Ansätze sei im politischen Veränderungsnachweis keine Aufbruchsstimmung und Vision erkennbar. Die Fraktion von Die Linke. werde daher nicht zustimmen.

RM Breite dankt der Verwaltung. Der Haushaltsplan habe an Transparenz gewonnen und sei besser zu verstehen. Er hoffe nun darauf, dass ein uneingeschränktes Prüfungstestament für den Jahresabschluss erreicht werden könne.

Er kritisiert die Vorschläge der Fraktion Die Linke. zur Gegenfinanzierung als phantasiereich.

Bei den Erträgen werden die Folgen der Pandemie noch länger zu spüren sein. Daher seien die Ansätze für die Gewerbesteuer mit 1,38 Mrd. € in 2022 und sogar 1,5 Mrd. € in 2023 zu ambitioniert und nicht vermittelbar.

Bezogen auf die Aufwendungen, werde der Entwurf den Herausforderungen des Klimawandels und einer weiter wachsenden Stadt nicht gerecht. Dies lasse sich am Produkthaushalt ablesen. Als Beispiele seien zu nennen:

- Ausbau ÖPNV: keine neuen Streckenmeter in 2022
- Digitalisierung: zu geringen Steigerung der Aufwendungen zur Digitalisierung der Stadtverwaltung
- Wohnen: Stillstand beim Volumen der städtischen Grundstückverkäufe

Seine Fraktion werde dem Haushalt in vorliegender Form nicht zustimmen.

RM Achtelik weist die Kritik am Haushaltsplan zurück. Es werde sehr wohl ein Programm deutlich gemacht. In den Klima- und Umweltschutz werden 100 Mio. € investiert. Dies sei eine Steigerung um 20 Mio. € gegenüber dem Vorjahr. Zu den Mitteln für den Neubau von Radwegen kommen Mittel in Höhe von 5 Mio. € für die Sanierung des bestehenden Radwegenetzes. Das sei eine Verdoppelung gegenüber dem Vorjahr. Auch in den Bereichen Wohnen, ÖPNV-Ausbau und Gleichstellung setze der Veränderungsnachweis klare Akzente.

Er danke für die konstruktive Zusammenarbeit im Ratsbündnis.

RM Boyens weist darauf hin, dass Köln ein Ausgabenproblem habe, das sich im Haushaltsentwurf erneut manifestiere. Es sei für 2022 eine Entnahme aus der Rücklage in Höhe von 222 Mio. € vorgesehen. Dies sei Verzehr von Eigenkapital, der sich seit der Eröffnungsbilanz vom 01.01.2008 auf nunmehr 20% aufsummiere und nicht nachhaltig.

Das finanzwirtschaftliche Institut der Universität zu Köln habe eine Tragfähigkeitslücke errechnet, die sich weiter aufbaue. Man müsse sich die Bereiche anschauen, in die große Anteile der Aufwendungen fließen. Dazu gehörten nach seiner Auffassung die Kosten für die Unterbringung und Betreuung der Asylbewerber. Insgesamt dürften 110 bis 130 Mio. € kommunale Aufwendungen der Migration geschuldet sein, die Folge von Fehlentscheidungen im Bund sei.

Seine Fraktion werde dem Haushalt nicht zustimmen, auch wenn die Investitionen in Digitalisierung und Verkehr sachlich durchaus richtig seien. Köln lebe über seine Verhältnisse.

RM Wortmann sagt, seine Fraktion werde dem Haushaltsplan nicht zustimmen. Er kritisiert, dass die Veränderungsnachweise als Tischvorlagen vorliegen. Er plädiert für eine Verschiebung der Entscheidung über den Haushalt, um abzuwarten, welche Rahmenbedingungen die neue Koalition auf Bundesebene schaffen werde.

8.1.1 Investitionen und Fachpersonal - Änderungsantrag der Fraktion Die Linke. vom 30.09.2021 AN/2082/2021

Beschluss:

Der Finanzausschuss beschließt den beigefügten Veränderungsnachweis zum Haushalt 2022.

Abstimmungsergebnis:

Bei Enthaltung der SPD-Fraktion mehrheitlich - gegen die Stimme der Fraktion Die Linke. - **abgelehnt**

**8.1.2 Gemeinsamer Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen, der CDU-Fraktion und der Volt-Fraktion - Haushaltssatzung der Stadt Köln für das Haushaltsjahr 2022
AN/2094/2021**

Beschluss:

Der erste Absatz des Beschlussvorschlags der Verwaltung wird wie folgt ergänzt:

Der Finanzausschuss empfiehlt dem Rat den Beschluss der Haushaltssatzung 2022 gem. dem durch die vorliegenden Veränderungsnachweise fortgeschriebenen Entwurf der Verwaltung sowie den beigefügten Anlagen zu konsumtiven und investiven Veränderungen einschließlich der Veränderungen für den Wirtschaftsplan 2022 der Gebäudewirtschaft.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich - gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, Die Linke. und FDP - zugestimmt

**8.1.3 Gemeinsamer Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen, der CDU-Fraktion und der Volt-Fraktion - Haushaltssatzung der Stadt Köln für das Haushaltsjahr 2022 - hier: Begleitbeschlüsse
AN/2091/2021**

**8.1.3.1 Änderungsantrag der SPD-Fraktion zum „Änderungsantrag zu TOP 8.1 - Haushaltssatzung der Stadt Köln für das Haushaltsjahr 2022 Begleitbeschlüsse (AN/2091/2021H)“
AN/2102/2021**

Beschluss:

Der Beschluss wird um folgenden Punkt 15 ergänzt:

15. Gelder, die von der KölnBusiness Wirtschaftsförderungs-GmbH nicht verausgabt werden können, fließen in den städtischen Haushalt zurück. Damit die Gelder auch nach dem Rückfluss dem ursprünglichen Verwendungszweck erhalten bleiben, sind die zurückgezahlten Beträge ab dem Haushaltsjahr 2022 ohne Abzug der Stabsstelle Wirtschaftsförderung zur Verfügung zu stellen und entsprechend in der Haushaltsaufstellung zu berücksichtigen.

Abstimmungsergebnis:

Bei Enthaltung der Fraktion Die Linke. mehrheitlich - gegen die Stimmen der SPD-Fraktion - **abgelehnt**

Beschluss zum gemeinsamen Änderungsantrag des Ratsbündnisses:

Der Beschlussvorschlag der Verwaltung zur Haushaltssatzung wird wie folgt ergänzt:

Der Finanzausschuss empfiehlt dem Rat, die Verwaltung mit folgenden Begleitaufträgen zur Haushaltssatzung und dem Haushaltsplan der Stadt Köln für das Jahr 2022 zu beauftragen:

1. Die Verwaltung soll prüfen, wie für die Mitarbeitenden der Stadt Köln der Eigenanteil am JobTicket reduziert werden kann. Es sollen hierbei auch Vorschläge zur Ge-

genfinanzierung gemacht werden, z.B. im Rahmen der Parkraumbewirtschaftung für städtische Parkflächen.

2. Das städtische Fortbildungsprogramm soll für alle Mitarbeitenden um Schulungen im Bereich „Antidiskriminierung“ erweitert werden.

3. Im Rahmen des zusätzlichen Digitalisierungspaketes wird die Verwaltung beauftragt, die Mittel für die folgende Projekte einzusetzen: Baumretter*innen-App, Förderung der digitalen Bürger*innenbeteiligung, Anschubfinanzierung „Digitaler Zwilling“, Digitalisierung der Verwaltung und der Bürger*innen-Services, weitere Stärkung der Schul-IT und Testgebiete für New Mobility Services und autonomes Fahren.

4. Für den Masterplan Sicherheit sollen die konsumtiven Mittel wie folgt verwendet werden:

- Externe Fachberatung zur Erstellung eines ganzheitlichen Sicherheitskonzeptes für Köln
- Weitere Begleitmaßnahmen für die Erstellung des Masterplans, wie z.B. Konferenzen oder Bürger*innenbeteiligungen

Für die ersten Umsetzungen aus dem Masterplan stehen im investiven Bereich 300.000€ u.a. für Toilettenanlagen für das Haushaltsjahr 2022 zur Verfügung.

5. Das Förderprogramm „Dritte Orte“ soll vollumfänglich weiterentwickelt werden. Mehrjährige Betriebskostenzuschüsse sollen möglich sein, jedoch keine Dauerfinanzierungen. Kleinteilige Förderungen sollen mehr in den Fokus gerückt werden.

6. Die hinzugesetzten Mittel für obdachlose Menschen sollen u.a. für Aufenthaltsmöglichkeiten und Anlaufstellen an Hotspots, die aufsuchende mobile medizinische und psychiatrische Versorgung, den Ausbau des aufsuchenden Streetworks, dezentralen Tagesangeboten und Notschlafstellen genutzt werden. Hierbei sollen die Bedürfnisse unterschiedlicher vulnerabler Gruppen besondere Berücksichtigung finden. Best-Practice-Modellprojekte des Konfliktmanagement im öffentlichen Raum sollen in die Konzeptionierung einfließen.

7. Im Rahmen der Teilhabe von Menschen mit Sinneseinschränkungen am kommunal-politischen Geschehen wird die Verwaltung beauftragt zu prüfen, ob es langfristig kostengünstiger ist, einen Teil der Gelder in eine feste Stelle für eine*n Gebärdensprachdolmetscher*in umzuwandeln.

8. Die Antragsfrist für Mittel aus dem „Förderprogramm Kultur Freie Szene“ wird bis zum 31.12.2021 verlängert. Die Verwaltung wird darüber hinaus beauftragt alle Antragsfristen für Förderungen 2022 so zu setzen, dass diese auch nach dem Ratsbeschluss noch eingehalten werden können.

9. Die Verwaltung wird gebeten sicherzustellen, dass die ursprünglich für 2021 geplanten Projekte im Jahre 2022 im Rahmen der Bewirtschaftung sichergestellt werden können und nicht an einer mangelnden Finanzierung scheitern:

- Maßnahmen gegen die steigende Mietpreisentwicklung (zu nutzen für Etablierung qualifizierter Mietspiegel)
- Gemeinwohlorientierte Bilanzierung
- Zusätzliche Reinigungsleistungen in der Open-Air-Saison
- Unterstützung der Karnevalszüge in den Veedeln (Förderung Veedelszöch)

10. Die für die Förderung der kommunalen Arbeitslosenzentren und Erwerbslosenberatungsstellen bereitgestellten Mittel sind wie folgt zu verwenden:

- Frauen gegen Erwerbslosigkeit e.V. (56.000 EUR)
- Begegnungs- und Fortbildungszentrum muslimische Frauen e.V. (70.000 EUR)
- Zuschuss ECho (75.000 EUR)
- Aufstockung Zuschuss ALZ/EBS (60.000 EUR)

11. Die im Sammelposten „Kinder stärken und schützen“ hinterlegten Mittel sind wie folgt zu verwenden:

- A.R.T. e.V. für Zuschuss Personalstelle psychosoziale Unterstützung Kinder mit Fluchterfahrung/Migrationshintergrund (45.000 EUR)
- Fair.Stärken e.V. (46.000 EUR)
- Kölner Freiwilligen Agentur für Förderung LeseWelten (50.000 EUR)
- Hennamond e.V. (59.000 EUR)

12. Der Kriterienkatalog für die Vergabe von bezirksorientierten Mitteln soll dahingehend überarbeitet werden, den Bezirksvertretungen eine größere Flexibilität bei der Verausgabung der Mittel sowie eine Übertragung von nicht verausgabten Mitteln in die Folgejahre zu ermöglichen.

13. Die in den vergangenen Jahren aufgelegte Förderung für Lastenräder soll auch im kommenden Haushalt fortgeführt werden. Dabei ist zu überprüfen, wie vor allem die Stadtteile, in denen die Förderung bisher in geringerem Umfang beantragt wurde, gestärkt werden können.

14. Die Verwaltung wird beauftragt, die der beigefügten Stellenliste zugrundeliegenden Anliegen in 2022 voranzutreiben und die dargestellten Stellenbedarfe – soweit zur Zielerreichung erforderlich und darstellbar – zu realisieren.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich - gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, Die Linke. und FDP - zugestimmt

8.1.4 Gemeinsamer Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen, der CDU-Fraktion und der Volt-Fraktion - Haushaltssatzung der Stadt Köln für das Haushaltsjahr 2022 einschl. mittelfristiger Finanzplanung bis 2025 – hier: Kulturförderabgabe AN/2093/2021

Beschluss:

Der Finanzausschuss empfiehlt dem Rat den Beschluss der Haushaltssatzung 2022 gem. dem durch die vorliegenden Veränderungsnachweise fortgeschriebenen Entwurf der Verwaltung sowie mit der in der Anlage aufgeführten Verwendung der Erträge aus der Kulturförderabgabe 2022 zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich - gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, Die Linke. und FDP - zugestimmt

8.1.5 Änderungsantrag der SPD-Fraktion - hier: Kulturförderabgabe AN/2101/2021

Abstimmungsergebnis:

Bei Enthaltung der Fraktion Die Linke. mehrheitlich - gegen die Stimmen der SPD-Fraktion - **abgelehnt**

Beschluss über die geänderte Beschlussvorlage:

1. Der Finanzausschuss empfiehlt dem Rat den Beschluss der Haushaltssatzung 2022 gem. dem durch die vorliegenden Veränderungsnachweise fortgeschriebenen Entwurf der Verwaltung **sowie den beigefügten Anlagen zu konsumtiven und investiven Veränderungen einschließlich der Veränderungen für den Wirtschaftsplan 2022 der Gebäudewirtschaft, sowie mit der in der Anlage aufgeführten Verwendung der Erträge aus der Kulturförderabgabe 2022 zu beschließen.**
2. Der Finanzausschuss empfiehlt dem Rat, dass unterjährig auftretende Verbesserungen grundsätzlich nicht zur Finanzierung neuer Daueraufgaben eingesetzt werden dürfen. Sie sind – sofern sie nicht zur Deckung von Mehraufwendungen bzw. Mehrauszahlungen nach § 83 GO dienen – zur Reduzierung der Inanspruchnahme der allgemeinen Rücklage oder zum Schuldenabbau zu verwenden.
Ausfallende Bundes- und/oder Landesmittel werden in Anbetracht der Haushaltssituation grundsätzlich nicht durch die Bereitstellung von städtischen Mitteln ausgeglichen, da sich hierdurch die Sanierungsbedarfe für den Haushalt erhöhen würden.
3. Der Finanzausschuss lehnt die im Rahmen des Anhörungsverfahrens gem. § 37 Abs. 4 GO NRW vorgebrachten Änderungsvorschläge der Bezirksvertretungen, soweit sie nicht in die Veränderungsnachweise übernommen wurden, unter Berücksichtigung der im Finanzausschuss beschlossenen Änderungen ab.
4. Der Finanzausschuss lehnt die im Rahmen des Anhörungsverfahrens gem. § 22 Abs. 7 Hauptsatzung der Stadt Köln vorgebrachten Änderungsvorschläge des Integrationsrates, soweit sie nicht in die Veränderungsnachweise übernommen wurden, unter Berücksichtigung der im Finanzausschuss beschlossenen Änderungen ab.
5. Der Finanzausschuss ermächtigt die Verwaltung, die beschlossenen Änderungen zum Hpl.-Entwurf 2022 in formaler Hinsicht zu korrigieren, sofern dies aus haushaltsrechtlichen Gründen erforderlich sein sollte (z. B. Teilplanzuordnung, falsche Teilplanzeile).
6. Der Finanzausschuss ist damit einverstanden, dass die als Anlage beigefügte „Zuständigkeitsregelung bei Freigaben von investiven Auszahlungen“ für das Jahr 2022 weiter gilt.

Der Finanzausschuss empfiehlt dem Rat, **die Verwaltung mit folgenden Begleitaufträgen zur Haushaltssatzung und dem Haushaltsplan der Stadt Köln für das Jahr 2022 zu beauftragen:**

1. Die Verwaltung soll prüfen, wie für die Mitarbeitenden der Stadt Köln der Eigenanteil am JobTicket reduziert werden kann. Es sollen hierbei auch Vorschläge zur Gegenfinanzierung gemacht werden, z.B. im Rahmen der Parkraumbewirtschaftung für städtische Parkflächen.

2. Das städtische Fortbildungsprogramm soll für alle Mitarbeitenden um Schulungen im Bereich „Antidiskriminierung“ erweitert werden.

3. Im Rahmen des zusätzlichen Digitalisierungspaketes wird die Verwaltung beauftragt, die Mittel für die folgende Projekte einzusetzen: Baumretter*innen-App, Förderung der digitalen Bürger*innenbeteiligung, Anschubfinanzierung „Digitaler Zwilling“, Digitalisierung der Verwaltung und der Bürger*innen-Services, weitere Stärkung der Schul-IT und Testgebiete für New Mobility Services und autonomes Fahren.

4. Für den Masterplan Sicherheit sollen die konsumtiven Mittel wie folgt verwendet werden:

- Externe Fachberatung zur Erstellung eines ganzheitlichen Sicherheitskonzeptes für Köln
- Weitere Begleitmaßnahmen für die Erstellung des Masterplans, wie z.B. Konferenzen oder Bürger*innenbeteiligungen

Für die ersten Umsetzungen aus dem Masterplan stehen im investiven Bereich 300.000€ u.a. für Toilettenanlagen für das Haushaltsjahr 2022 zur Verfügung.

5. Das Förderprogramm „Dritte Orte“ soll vollumfänglich weiterentwickelt werden. Mehrjährige Betriebskostenzuschüsse sollen möglich sein, jedoch keine Dauerfinanzierungen. Kleinteilige Förderungen sollen mehr in den Fokus gerückt werden.

6. Die hinzugesetzten Mittel für obdachlose Menschen sollen u.a. für Aufenthaltsmöglichkeiten und Anlaufstellen an Hotspots, die aufsuchende mobile medizinische und psychiatrische Versorgung, den Ausbau des aufsuchenden Streetworks, dezentralen Tagesangeboten und Notschlafstellen genutzt werden. Hierbei sollen die Bedürfnisse unterschiedlicher vulnerabler Gruppen besondere Berücksichtigung finden. Best-Practice-Modellprojekte des Konfliktmanagement im öffentlichen Raum sollen in die Konzeptionierung einfließen.

7. Im Rahmen der Teilhabe von Menschen mit Sinneseinschränkungen am kommunalpolitischen Geschehen wird die Verwaltung beauftragt zu prüfen, ob es langfristig kostengünstiger ist, einen Teil der Gelder in eine feste Stelle für eine*n Gebärdensprachdolmetscher*in umzuwandeln.

8. Die Antragsfrist für Mittel aus dem „Förderprogramm Kultur Freie Szene“ wird bis zum 31.12.2021 verlängert. Die Verwaltung wird darüber hinaus beauftragt alle Antragsfristen für Förderungen 2022 so zu setzen, dass diese auch nach dem Ratsbeschluss noch eingehalten werden können.

9. Die Verwaltung wird gebeten sicherzustellen, dass die ursprünglich für 2021 geplanten Projekte im Jahre 2022 im Rahmen der Bewirtschaftung sichergestellt werden können und nicht an einer mangelnden Finanzierung scheitern:

- Maßnahmen gegen die steigende Mietpreisentwicklung (zu nutzen für Etablierung qualifizierter Mietspiegel)
- Gemeinwohlorientierte Bilanzierung
- Zusätzliche Reinigungsleistungen in der Open-Air-Saison
- Unterstützung der Karnevalszüge in den Veedeln (Förderung Veedelszöch)

10. Die für die Förderung der kommunalen Arbeitslosenzentren und Erwerbslosenberatungsstellen bereitgestellten Mittel sind wie folgt zu verwenden:

- Frauen gegen Erwerbslosigkeit e.V. (56.000 EUR)

- Begegnungs- und Fortbildungszentrum muslimische Frauen e.V. (70.000 EUR)
- Zuschuss ECho (75.000 EUR)
- Aufstockung Zuschuss ALZ/EBS (60.000 EUR)

11. Die im Sammelposten „Kinder stärken und schützen“ hinterlegten Mittel sind wie folgt zu verwenden:

- A.R.T. e.V. für Zuschuss Personalstelle psychosoziale Unterstützung Kinder mit Fluchterfahrung/Migrationshintergrund (45.000 EUR)
- Fair.Stärken e.V. (46.000 EUR)
- Kölner Freiwilligen Agentur für Förderung LeseWelten (50.000 EUR)
- Hennamond e.V. (59.000 EUR)

12. Der Kriterienkatalog für die Vergabe von bezirksorientierten Mitteln soll dahingehend überarbeitet werden, den Bezirksvertretungen eine größere Flexibilität bei der Verausgabung der Mittel sowie eine Übertragung von nicht verausgabten Mitteln in die Folgejahre zu ermöglichen.

13. Die in den vergangenen Jahren aufgelegte Förderung für Lastenräder soll auch im kommenden Haushalt fortgeführt werden. Dabei ist zu überprüfen, wie vor allem die Stadtteile, in denen die Förderung bisher in geringerem Umfang beantragt wurde, gestärkt werden können.

14. Die Verwaltung wird beauftragt, die der beigefügten Stellenliste zugrundeliegenden Anliegen in 2022 voranzutreiben und die dargestellten Stellenbedarfe – soweit zur Zielerreichung erforderlich und darstellbar – zu realisieren.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich - gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, Die Linke. und FDP - zugestimmt

9 Stellenpläne

**9.1 Stellenplan für das Jahr 2022
2862/2021**

**9.1.1 Änderungsantrag der SPD-Fraktion
AN/2100/2021**

Beschluss über den Änderungsantrag:

Der Finanzausschuss beschließt mit folgenden Änderungen und Ergänzungen den Stellenplan 2022 als Anlage zum Haushaltsplan 2022:

Liste 1 Mehr- u. Wenigerstellen

Dez.	Dst.	Stellen	Bemerkung
I	32	100 Stellen für den Ordnungsdienst	Konzept Präsenz stärken, Steigerung der Präsenz von Sicherheitskräften in der City und den Veedeln; Umsetzung Sicherheitskonzept Köln
IV	40	100 Stellen Schulsozialarbeit	Schüler*innen in schwierigen Situationen brauchen mehr Unter-

			stützung. Mehr Sozialarbeiter*innen ermöglichen bessere Bildungschancen. Nach der Corona-Pandemie müssen Versäumnisse schnell aufgeholt werden.
I	33	2 je Bezirksausländeramt	Rückstandsabbau / Umbau der Ausländerbehörde zur „Willkommensbehörde“
I	34	4 je Bezirksbürgeramt für Bürgerdienste	Rückstandsabbau / Umbau Kundenzentren zu modernen, transparenten, serviceorientierten und flexiblen Dienstleistungszentren

Abstimmungsergebnis:

Bei Enthaltung der Fraktion Die Linke. mehrheitlich - gegen die Stimmen der SPD-Fraktion - **abgelehnt**

Beschluss über die Verwaltungsvorlage:

Der Finanzausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Der Rat der Stadt Köln stimmt dem Stellenplan 2022 in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung zu.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich - gegen die Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion Die Linke. - zugestimmt

**9.2 Stellenplan 2022 der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln
2578/2021**

Beschluss:

Der Finanzausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Der Rat der Stadt Köln stimmt dem Stellenplan 2022 der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln zu.

Abstimmungsergebnis:

Bei Enthaltung der FDP-Fraktion einstimmig zugestimmt

**9.3 Stellenplan der Bühnen der Stadt Köln für das Kalenderjahr 2022
2974/2021**

Beschluss:

Der Finanzausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Der Rat der Stadt Köln stimmt dem Stellenplan 2022 der Bühnen der Stadt

Köln zu.

Abstimmungsergebnis:

Bei Enthaltung der FDP-Fraktion einstimmig zugestimmt

**9.4 Stellenplan des Wallraf-Richartz-Museums & Fondation Corboud der Stadt Köln für das Jahr 2022
2976/2021**

Beschluss:

Der Finanzausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Der Rat der Stadt Köln stimmt dem Stellenplan 2022 des Wallraf-Richartz-Museums & Fondation Corboud der Stadt Köln zu.

Abstimmungsergebnis:

Bei Enthaltung der FDP-Fraktion einstimmig zugestimmt

**9.5 Stellenplan des Gürzenich-Orchesters der Stadt Köln für das Kalenderjahr 2022
2964/2021**

Beschluss:

Der Finanzausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Der Rat der Stadt Köln stimmt dem Stellenplan 2022 des Gürzenich-Orchesters der Stadt Köln zu.

Abstimmungsergebnis:

Bei Enthaltung der FDP-Fraktion einstimmig zugestimmt

10 mündliche Anfragen

Mündliche Anfragen wurden nicht gestellt.

Dr. Krupp
Ausschussvorsitzender

Müller
Schriftführer